Nobelpreis löst Streit über EU-Größe aus

Die überraschende Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union hat hierzulande eine Debatte über die Zukunft der Gemeinschaft ausgelöst.

■ **Berlin** (AFP). Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) sprach sich in der *Welt am Sonntag* dafür aus, eine Erweiterung der EU zugunsten der notwendigen Stabilisierung zurückzustellen. Die EU habe „so viele dringende Aufgaben in der Konsolidierung der Gemeinschaft zu erledigen, dass wir nicht erneut den Ehrgeiz der Erweiterung an die Stelle der notwendigen Stabilisierung treten lassen sollten“, sagte Lammert. Mit Blick auf die Erfahrungen mit Bulgarien und Rumänien warnte er vor einem raschen EU-Beitritt Kroatiens, der bislang für 2013 geplant ist. Das Land sei „offensichtlich nicht beitrittsreif“. Die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens hätten eine Beitrittsperspektive, müssten die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt aber selber schaffen.

Vertreter der SPD widersprachen scharf. „Wer den Beitritt Kroatiens in Frage stellt, der spricht der EU die Kraft ab, auch in Zukunft Frieden in Europa zu stiften. Das ist der größtmögliche Fehlschluss aus dem Friedensnobelpreis“, sagte Baden-Württembergs Europaminister Hans-Peter Friedrich (SPD) dem Portal *Spiegel online*. Er warf Lammert „leichtfertiges Gerede“ vor. Für den Frieden in Europa sei der Balkan sehr wichtig.

»Euro ist mehr als eine Währung«

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) rief derweil die nationalen und europäischen Parlamente auf, das „Projekt Europa“ weiterzuentwickeln. Das vereinte Europa werde anders aussehen als die Vereinigten Staaten von Amerika, sagte Merkel auf dem CDU-Landesparteitag in Celle. „Aber es ist viel mehr als die Summe aller Einzelstaaten.“ Auch der Euro sei „mehr als eine Währung“, nämlich das Bekenntnis, sich nicht wieder auseinanderdividieren zu lassen.

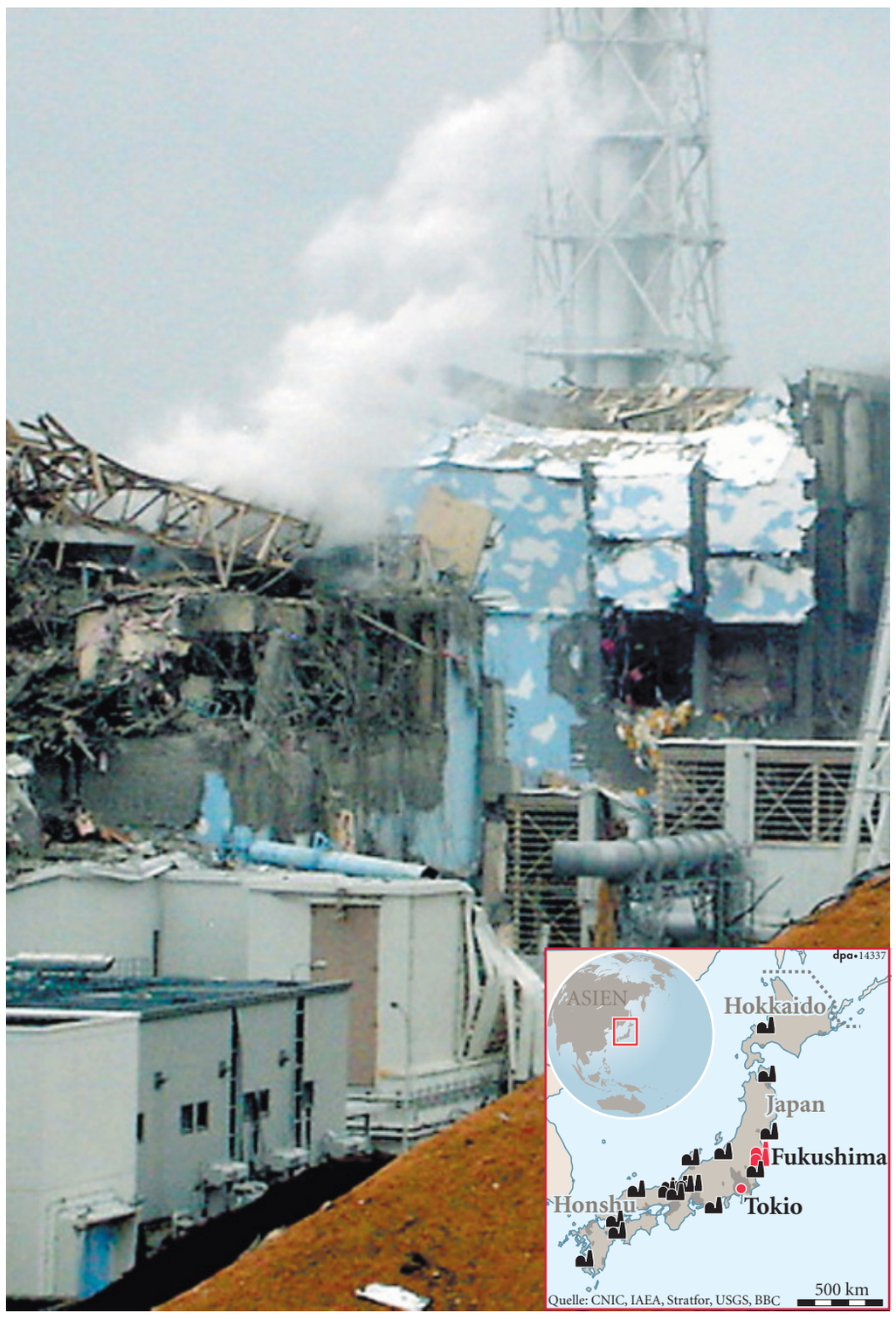
Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schrieb in einem Beitrag für das Nachrichtenmagazin *Focus*, 55 Jahre nach Beginn der europäischen Einigung stünden die Völker Europas so gut da wie noch nie in ihrer oft blutigen Geschichte. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, rief indes zur Zurückhaltung bei der europäischen Integration auf. „Man kann nicht blindlings alles zentralisieren und immer nur an den weiteren Ausbau Europas denken“, sagte Papier der *Welt*.

Vom bösen und guten Atom

Thema Fukushima bestimmt die Wahlen in Japan / Herforder Amtsarzt unterstützt Atomkraftgegner

Das Geständnis kommt viel zu spät: Tepco, Betreiber des Atomkraftwerks Fukushima, hat zugegeben, die Gefahr für das AKW bewusst verharmlost zu haben. In Japan wird die Anti-Atomkraft-Bewegung stärker.

VON JULIA GESEMANN



Nach den Explosionen: *Von den Reaktorblöcken 3 (links) und 4 des Atomkraftweks Fukushima sind nur noch Reste übrig.* FOTOS: DPA/NW

■ **Herford/Hiroshima.** Zwei Leidenschaften: Japan und erneuerbare Energien. Am Revers steckt ein „Atomkraft – nein, danke“-Anstecker, ein anderer mit japanischen Schriftzeichen heftet an der Jacke. Das Wissen um die Gefahren der Atomenergie haben Dr. Martin Sonnabend zum Aktivisten gemacht. Ein Aktivist, der nicht nur „dagegen“ sein will, das sei auf Dauer zu nervig. „Ich suche lieber nach Alternativen.“ Über die hat der Amtsarzt, Internist und Umweltmediziner des Gesundheitsamts Herford auf seiner dreiwöchigen Japan-Reise referiert.

„Die Japaner unterscheiden zwischen bösem und gutem Atom“, sagt Sonnabend, der in Hiroshima am 20. Weltkongress der internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) teilgenommen hat und Mitglied des IPPNW-Bundesvorstands ist. Zum bösen Atom gehören die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki, zum guten Atom zählen die Atomkraftwerke (AKW). „Diese fördern die Wirtschaft und garantieren die Unabhängigkeit bei sonstiger Ressourcenknappheit“, erklärt Sonnabend. „Selbst die Ärzte unterscheiden so – das geht gar nicht.“

Atomwaffen und AKW seien gleich gefährlich. „Die Japaner wollen das nicht wahrhaben – auch nach Fukushima nicht.“ Auf dem Kongress sei das Thema Fukushima gemieden worden. „Linientreue Professoren haben Vorträge der Energiekonzerne gehalten – wenn es nach denen geht, war das alles nicht so schlimm.“ Dass viele Menschen nach der Atomkatastrophe erkrankt oder gestorben sind – „das wird verschwiegen“.

Mittlerweile hat Betreiber Tepco zugegeben, dass Gefahren bewusst verharmlost wurden, um eine Schließung des AKW zu vermeiden. Und auf dem Kongress haben sich die Japaner erstmalig für eine Überprüfung der „Null-Lösung“ ausgesprochen. Bis zum Jahr 2030 wollen sie aus der Atomenergie auszusteigen. „Im November sind Neuwahlen“, sagt Sonnabend. „Viele der Japaner sind mittlerweile sensibel und halten solche Aussagen für reine Wahltaktik – sie glauben kein Wort mehr.“ Und sie wollen nicht mehr stillschweigend zusehen. Die japanische Anti-Atomkraft-Bewegung – seit 30 Jahren nur im Untergrund stattfindend – wird seit Fukushima stärker.

Auf seiner Reise trifft Sonnabend einen ehemaligen AKW-Angestellten, der jetzt der Anti-AKW-Bewegung angehört. Er plaudert aus dem Nähkästchen: Pfusch beim Bau, Instandsetzungen ohne Strahlenschutz, Sicherheitsmängel. „Durch permanente Verstrahlung bröselnder Beton wird notdürftig nachgebessert“, sagt Sonnabend. Vor Verstrahlung sollen Stoff- und Plastikhandschuhe schützen. „Er hat uns sein Gesundheitsbuch gezeigt, mehr als 80 Prozent der Inhalte sind getrickst.“

Sonnabend lernt auch den Priester Tetsuen Nakajima, Abt des Myotsuji-Tempels, kennen. Er ist einer der bekanntesten Anti-AKW-Aktivisten des Landes. Schon 1995 warnte er vor den Gefahren der Atomtechnologie. Als trotzdem 15 AKW in seiner Präfektur Fukui nördlich von Tokyo an der „japanischen See“ in Betrieb genommen wurden, protestierte er mit einem wochenlangen Hungerstreik. Seine Aussagen hat Sonnabend im Reisetagebuch festgehalten.

„Es gibt eine neue Form des Kolonialismus, eine Art nationalen Atomenergie-Kolonialismus“, sagt Tetsuen Nakajima. „Wirtschaftlich benachteiligte und sozial schwache Präfekturen am Meer werden gedrängt, den Bau und Betrieb von AKWs zuzulassen.“ So auch die Stadt Tsuruga, in der zu zwei bestehenden zwei neue AKWs hinzukommen sollen. „Dafür wurde der Stadt ein ‚Zaubergeld‘ in Höhe von 210 Millionen Euro in Aussicht gestellt.“ Obwohl es nur vorläufige Pläne gebe, wurden bereits 70 Millionen Euro vorab an die Stadt überwiesen. Das schnelle Geld zeige beim Bürgermeister Wirkung, die Angst um den Arbeitsplatz komme hinzu, so der Priester. Offene Bestechung und verdeckte Korruption – nichts Ungewöhnliches.

»Japan weiß nicht wohin mit dem Müll«

Davon sollten sich die japanischen Bürger aber nicht abhalten lassen, wünscht sich Sonnabend. „Sie dürfen nicht auf die Politik warten.“ Die Zeit dränge. „Japan weiß nicht mehr wohin mit dem atomaren Müll, die Zwischenlager sind voll.“ Mittlerweile würden um die AKWs herum Hallen gebaut, in denen der Müll gelagert wird. „Ein Zwischenlager ohne ein Endlager ist de facto ein Endlager.“

Sonnabend hat die Hoffnung, dass er mit den Vorträgen über erneuerbare Energien Impulse setzen konnte, denn damit kennt sich der Rödinghausener aus. Er ist Vorsitzender der Friedensfördernden Energie-Genossenschaft Herford und hat in Rödinghausen dazu beigetragen, dass 2008 eine Bürger-Solaranlage auf dem Dach der Gesamtschule ans Netz ging. 68 Rödinghausener beteiligen sich daran. Bis heute konnten 155.000 Kilowattstunden geerntet werden.

Es sind solch kleine Projekte vor Ort, zu denen Sonnabend die Japaner ermutigen möchte. Das Ziel: regionale Energieautonomie, unabhängig von großen Konzernen. „Energie wird selbst produziert, die Bürger bestimmen mit und das Geld sowie Arbeitsplätze bleiben in der Region.“ Japan sei ein ideales Land dafür – Wind an den Küsten, Flüsse für Wasserkraft. „Aber sie haben bislang nur wenig Erfahrung damit und schauen, wie Deutschland es macht.“ Sein Wunsch für das Land, das er so schätzt: „Japan, das Land der aufgehenden Sonne(nenergie).“

INFO

Organisation für den Frieden

- 1985 hat die IPPNW den Friedensnobelpreis erhalten.
- Die deutsche Sektion hat etwa 8.000 Mitglieder und ist die größte berufsbezogene Friedensorganisation.
- International sind es 150.000 Mitglieder in mehr als 50 Nationen.
- Nach Fukushima fordern sie die Kündigung des Abkommens von der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO).
- Die deutsche Sektion will demnächst einen Brief an die WHO-Generalsekretärin, Dr. Margaret Chan, schreiben.

(juge)

In Hiroshima: *Auf dem Weltkongress trifft Martin Sonnabend (links) auch auf Kazumi Matsui, aktueller Bürgermeister von Hiroshima.*

EXTRA 3

Zitat des Tages

»Ich werde gelegentlich die Winkel meiner Mundwinkel verändern.«

Peer Steinbrück, designierter SPD-Kanzlerkandidat, auf die Frage, ob er für den Wahlkampf noch an seinem Auftreten arbeite

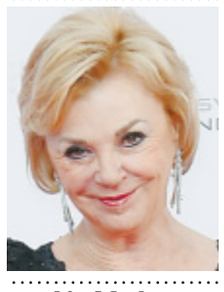
Zahl des Tages

226

Millionen Euro

investiert die Wallfahrtsstätte Mekka, um die Strapazen für Pilger aus aller Welt angenehmer zu gestalten. Der Gouverneur von Mekka, Prinz Khaled al Faisal, sagte, die „Gäste Gottes“ sollten die Haddsch-Rituale „bequem vollziehen können und mit guten Erinnerungen an Saudi-Arabien nach Hause zurückkehren“. Die Maßnahmen umfassen unter anderem zwei Straßentunnel und ein elektronisches Verkehrsleitsystem, ein Zentrum für medizinische und soziale Dienste des Roten Halbmonds, eine Anlaufstelle für Pilger in Notlagen und Sanitäreinrichtungen. Die jährliche Wallfahrtssaison beginnt am 24. Oktober.

Kopf des Tages



Liz Mohn

Die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann-Stiftung hat stellvertretend den Preis Echo Klassik im Berliner Konzerthaus aus den Händen von Opernsänger und Moderator Rolando Villazón entgegengenommen. Damit wurde das Projekt „Musikalische Grundschule“ der Bertelsmann-Stiftung er für Nachwuchsförderung ausgezeichnet. Mit dabei waren stellvertretend für die Schüler aller fast 300 „Musikalischen Grundschulen“ Martin Buchheim (Berlin) und Aleksandra Jankovic (Frankfurt). Projektziel: Kinder im frühen Alter mit Musik in Berührung zu bringen.

Schavan kämpft um ihren guten Ruf

Gutachter wirft Bildungsministerin auf 60 von 351 Seiten ihrer Doktorarbeit Mängel vor / Sie soll bewusst getäuscht haben

Für Bundesbildungsministerin Schavan schlägt bald die Stunde der Wahrheit: Hat sie bei ihrer Promotionsarbeit absichtlich getäuscht? Ein Gutachter bejaht das. Die Merkel-Vertraute wehrt sich.

VON CHRISTIANE JACKE

■ **Berlin** (dpa). Annette Schavan gibt viel auf ihre Integrität und Glaubwürdigkeit. Selbst jene, die ihr weniger geneigt sind, schätzen die Bundesbildungsministerin als klug und kundig, als seriös und redlich. Manch einem ist die 57-Jährige etwas zu dröge. Langweilig, urteilen ihre ärgsten Kritiker. Dass aber gerade die CDU-Politikerin bei ihrer Doktorarbeit getäuscht haben soll, dürfte wohl selbst ihre Gegner überraschen. Schavan sieht sich mit heftigen Vorwürfen konfrontiert. Ihr Doktortitel ist in Gefahr und möglicherweise ihr Amt. Aber auch wenn sie beides behält, bleibt ein tiefer Kratzer an ihrem Image.

Im Mai waren die Vorwürfe gegen Schavan erstmals aufgekommen: Sie soll in ihrer Doktorarbeit von 1980 von anderen Autoren abgeschrieben und nicht korrekt zitiert haben. Schavan reagierte damals wortkarg auf die Vorhaltungen, sagte nur, sie wolle die Prüfung der Universität Düsseldorf abwarten.

Die Analyse ist nun da und fällt wenig schmeichelhaft aus. Der Gutachter beklagt Mängel auf 60 von 351 Seiten, berichteten *Spiegel* und *Süddeutsche Zeitung* am Wochenende übereinstimmend. Sie soll über Autoren geschrieben haben, die sie selbst nie gelesen hat. Der Prüfer kommt zu dem Schluss, Schavan habe bewusst getäuscht.

Die Politikerin wehrt sich: „Die Unterstellung einer Täuschungsabsicht weise ich entschieden zurück“, sagte sie *dpa*. In der *Süddeutschen Zeitung* fügte sie hinzu: „Es trifft mich. Es trifft mich im Kern. Es trifft den Kern von dem, was mir wichtig ist.“ Sie habe sorgfältig gearbeitet, versicherte sie, räumte aber ein: „Hier und da hätte man auch noch sorgfältiger formulieren können.“ Entschieden ist mit dem Gutachten noch nichts: Das letzte Wort hat der Promotionsausschuss der Uni. Sollte Schavan ihren Titel verlieren, wäre sie in ihrer jetzigen Funktion wohl nicht zu halten: als Bildungs- und Forschungsministerin, die ständig mit Studenten und Professoren zu tun hat.

Ausgerechnet Schavan war es, die sich in der Plagiatsaffäre von Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) zu einem denkwürdigen Satz hinreißen ließ: „Als jemand, der selbst vor 31 Jahren promoviert hat und in seinem Berufsleben viele Doktoranden begleiten durfte, schäme ich mich nicht nur heimlich.“ Dieser Satz hallt nun besonders laut nach.

In Erklärungsnot: *Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) beteuert ihre Unschuld in der Plagiatsaffäre.* FOTO: DPA

Schavan ist eigentlich keine Lautsprecherin. Sie gilt als loyal, insbesondere der Kanzlerin gegenüber. Schavan ist eine Vertraute von Angela Merkel, die beiden verbindet eine unaufgeregte Art, Politik zu machen. Sollte Schavan jetzt ihren Doktortitel verlieren, könnte Merkel ihre Verbündete wohl kaum retten. Die Kanzlerin hat schon einige Kabinettsumbildungen hinter sich – immer mehr wurde Personalnot erkennbar. Vielleicht bleibt ihr eine weitere Umbesetzung aber erspart.

Möglich ist, dass Schavan ihren Doktortitel trotz Mängeln behält. Eine denkbare Rechtfertigung für handwerkliche Fehler hatte sie selbst im Fall Guttenberg mitgeliefert: Man könne mit seiner Dissertation durchaus überfordert sein – „auch als intelligenter Mensch“.

Sänger Witt verteidigt Soldaten-Video

■ **Berlin** (dpa). Der Sänger Joachim Witt fühlt sich nach dem Ärger um sein Musikvideo, das angeblich Bundeswehrsoldaten verunglimpft, bedroht. „Wenn ich mir die Kommentare bei Facebook anschaue, da ist unglaublich beleidigendes Zeug dabei. So etwas habe ich noch nie erlebt“, sagte der 63-Jährige der *Süddeutschen Zeitung*. Er ziehe strafrechtliche Schritte in Erwägung. Das Video zum Lied „Gloria“ zeigt Männer in Bundeswehruniform, die eine Frau vergewaltigen. Es hatte breite Entrüstung ausgelöst. Die Bundesregierung will das Video auf den Index setzen lassen. „Es gibt jährlich rund 80 Fälle von sexuellen Übergriffen, zum Teil Vergewaltigungen. Das ist nachweisbar“, sagte Witt, der für den Hit „Der Goldene Reiter“ bekannt ist.